

An den
Vorsitzenden des
Hauptausschusses
Herrn Oberbürgermeister Schulz
im Hause

Hagen, 3. Januar 2020

Übergriffe auf Rettungskräfte in der Silvesternacht

Sehr geehrter Herr Schulz,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages für die nächste Sitzung des Hauptausschusses gem. § 6 Abs.1 GeschO, am 30. Januar 2020.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung berichtet ausführlich über die in der Presse dargestellten Übergriffe auf Rettungs- und Feuerwehrkräfte in der Silvesternacht und beantwortet insbesondere folgende Fragen:

- Konnten die Täter ermittelt werden?
- Sind Strafanträge und von wem gestellt worden?
- Wann, wo und in welchem Umfang konnten Polizeikräfte die Rettungsmitarbeiter bei ihren Einsätzen schützen?
- Welche Maßnahmen sind geplant, um auf die wiederholten Angriffe in Zukunft reagieren zu können und um insbesondere den Mitarbeitern ausreichenden Schutz zu gewähren?

Begründung:

Erneut wurden in der Silvesternacht in Hagen Mitarbeiter des Rettungsdienstes und der Feuerwehr bei der Ausübung ihres Dienstes bedroht und angegriffen.

Die SPD-Fraktion verurteilt auf das Schärfste derartige Übergriffe.

Offensichtlich nimmt in Teilen der Bevölkerung die Hemmschwelle zu Beleidigungen, Drohungen und Übergriffen auf Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung ab. Die betroffenen Kräfte der öffentlichen Verwaltung in allen Bereichen bedürfen für ihren Einsatz im Dienst der Allgemeinheit den uneingeschränkten Schutz ihrer Dienststellen, der Polizei und der Justiz.

Die SPD-Fraktion fordert daher ohne Einschränkungen:

- Wer Ordnungskräfte, Feuerwehrmitarbeiter, Polizeikräfte oder Fahrer der Hagener Straßenbahn beleidigt oder angreift, muss entsprechend konsequent in jedem Einzelfall mit strafrechtlichen Maßnahmen rechnen.

Nach den neuesten Vorfällen müssen derartige Angriffe mit allen Mitteln strafrechtlich verfolgt und auch geahndet werden. Die Behörden/Unternehmen haben dafür in allen bekannt gewordenen Fällen Strafanzeigen zu stellen, damit hier eine stärkere abschreckende Wirkung erzielt wird.

Alle Maßnahmen müssen das oberste Ziel haben, die betroffenen Mitarbeiter umfassend zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen



Claus Rudel
SPD-Fraktionsvorsitzender